Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 1

Artikel: Die unsterblichen Fehler
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159528

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die unsterblichen Fehler

Von *deutscher Seite* wird uns geschrieben:

Die Welt ist voll staatspolitischer Probleme, deren entscheidende Bedeutung für die Zukunft ebenso unbestritten ist wie ihre Kompliziertheit. Das ist nicht erst heute so. Ja, die scheinbare Unlösbarkeit gerade der wichtigsten dieser Probleme war in der vergangenen Zeit ein Grund für jene Ermüdung und Resignation, die weithin zum Kennzeichen der europäischen Geistigkeit geworden war. Aus dieser Resignation aber erwuchs eine Uninteressiertheit am Geschehen außerhalb der eigenen Landesgrenzen, ein Nichtverstehen der geistigen Entwicklung des anderen, von der heute wohl niemand mehr behaupten möchte, die Völker Europas hätten recht daran getan.

So vielfältig und verwirrend auch die zu allen Zeiten der Lösung harrenden Probleme der Staatspolitik in Erscheinung treten, so vereinfachte sich doch von jeher das Bild bei einer Untersuchung derjenigen geistigen Kräfte und Bestrebungen, die auf die Politik der Staaten von entscheidendem Einfluß waren. In dieser Hinsicht aber haben gerade die letzten Jahrzehnte eine immer größere Klarheit gebracht. Denn wenn sich auch schon längst, quer durch alle Staatspolitik, hinweg über Grenzen und Völker, die Linien bestimmter Geistesrichtungen abzeichneten, so brachten doch erst unsere Tage jene nicht mehr zu ignorierende Abgrenzung, die in weltweitem Bereiche dazu geführt hat, daß Staaten mit weltanschaulichen Begriffen identisch wurden. Mit Begriffen und Vorstellungen, die sie in allen ihnen zugänglichen Gebieten mit ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht ebenso schützen und verbreiten, wie das Herrschen dieser Begriffe innerhalb und außerhalb ihrer Staatsgrenzen wiederum die Voraussetzung für ihre Macht bedeutet. *Der Kampf um die Herrschaft «seiner» Weltanschauung ist deshalb heute das Kennzeichen des modernen Imperialismus geworden.* Er ist aber auch das letzte Hilfsmittel einer bedrohten Kultur geblieben.

Aus diesem Grunde ist es für keinen Staat der Weltpolitik möglich, heute am Schicksal Deutschlands unbeteiligt vorüberzugehen, erst recht aber nicht für ein Volk Europas. Auch wenn die führenden Staatsmänner der Welt bei allen bisherigen internationalen Konferenzen nicht ausdrücklich darauf hingewiesen hätten, daß die «deutsche Frage» das Kernproblem jeder zukünftigen Gestaltung sei, die Realität von 70 Millionen Menschen im Herzen Europas hätte diese Tatsache allein schon immer wieder sichtbar und fühlbar gemacht. Es

macht dabei für die Entwicklung auf weite Sicht wenig Unterschied, daß dieser deutsche Komplex heute nicht Subjekt der politischen Gestaltung ist, sondern völliges Objekt; das ist nur von Bedeutung für die Prüfung der Verantwortung. Es ändert aber nichts daran, daß das endgültige Schicksal des europäischen Volkes mit der größten Einwohnerzahl zugleich für das Schicksal dieses Kontinents von entscheidender Bedeutung sein wird.

Das Schicksal Deutschlands aber wird letzten Endes davon abhängen, welche Geisteshaltung seine Menschen einnehmen werden, welche der heute in der Welt gegeneinander ringenden Weltanschauungen die aktive Unterstützung von 70 Millionen Mitteleuropäern erhält. Man mag diese Tatsache begrüßen oder bedauern, an dem Vorhandensein dieser Realitäten von Zahl, Geographie und Schwergewicht kann keine nüchterne politische Überlegung vorbeigehen, ja sie darf es um so weniger, je mehr sie konstruktiven Willen zeigt, je klarer sie sich einer Gesamtverantwortung bewußt ist, die weit über das Tum tua res agitur ... hinausgehen muß.

So begründet deshalb das Interesse anderer Völker ist, über die innere, geistige Entwicklung des deutschen Volkes unterrichtet zu sein, so schwierig ist die Vermittlung richtiger Vorstellungen in der Praxis. Denn heute, 23 Monate nach der Einstellung des Kampfes, besitzt der Deutsche keineswegs mehr Möglichkeiten, seine wirkliche Meinung öffentlich vernehmbar zu machen, als während der nationalsozialistischen Diktatur. Gewiß, in den meisten der neuen deutschen Länderverfassungen ist das Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung festgelegt, als Grundrecht sogar und ganz in Übereinstimmung mit der Atlantik-Charta; aber welche Wege stehen ihm dazu offen, vor allem dem Ausland gegenüber?

Nun, er kann seit einiger Zeit wieder Briefe an Bekannte schreiben, aus deren Inhalt diese die Meinung ihres deutschen Freundes genau so weit entnehmen können, wie dieser es wagt, sie zu Papier zu bringen und wie sie der Ansicht der jeweils zensierenden Besatzungsmacht entspricht. Offensichtlich eine recht bedingte Möglichkeit, ganz abgesehen von dem winzigen Verbreitungsbereich.

Der Deutsche kann aber auch einen Artikel für eine seiner «überparteilichen» Zeitungen schreiben. Das kann er. Vorausgesetzt allerdings, daß er sich grundsätzlich in Übereinstimmung mit der Meinung der Redaktion befindet. Im anderen Falle wird er es nämlich vorziehen, sich nicht unnötig politisch zu demaskieren, was ihm einige massive Nachteile bringen kann, einen Abdruck seines Artikels aber natürlich von vorneherein unwahrscheinlich macht. Denn die von der jeweiligen Militärregierung sorgfältig herausgesuchte und unter allen moralischen und rechtlichen Festlegungen lizenzierte Redaktion weiß genau, was sie diesem Vertrauen schuldig ist. Und wie störend ist

der Entzug der knappen Papierzuteilung wegen «Respektlosigkeit gegen die Besatzungsmacht oder einen Staat der Vereinigten Nationen», ganz zu schweigen von nicht minder leicht feststellbaren Verstößen, z. B. gegen «die Sonderanordnung bezüglich der Behandlung von Nachrichten über Flüchtlinge und Ausgewiesene». Selbstverständlich würden sich die Besatzungsmächte der westlichen Demokratien niemals so weit von ihren Grundsätzen entfernen, etwa eine Zensur der Presse einführen. Ja selbst die Vertreter der östlichen Auffassung von Demokratie haben neulich verfügt, daß nicht mehr alle Artikel vor Abdruck zur Prüfung vorzulegen sind! Es entspricht durchaus diesen Tatsachen, wenn unlängst eine süddeutsche Zeitung scharf dagegen Verwahrung einlegte, daß die Presse ein Spiegelbild der Volksmeinung sein solle, indem sie einen diese Forderung erhebenden deutschen Fanatiker der Demokratie mit gebührendem Nachdruck darauf hinwies, daß die Aufgabe der deutschen Presse im Gegenteil darin liege, diese Volksmeinung, nach den ihr gewordenen Weisungen, abzuändern, indem sie die Menschen erziehe. Also, nach den deutschen Zeitungen wird das Ausland die Geisteshaltung des deutschen Volkes nicht in allen Fällen richtig beurteilen. Und deshalb ist es gut, daß es sie selten zu sehen bekommt.

Selbstverständlich sind bei allen übrigen Druckerzeugnissen, Büchern und Broschüren wesentlich mehr Sicherungen eingebaut, daß kein Mißbrauch mit der Auffassung der Besatzungsmacht getrieben wird. Es würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen, hier auf Details eingehen zu wollen. Nur auf die durch mancherlei Umstände, nicht zuletzt die Verfasser, verursachte, nur bedingte Brauchbarkeit als Gradmesser der Stimmung der breiten Massen Deutschlands, sei kurz hingewiesen.

Eines der wirkungsvollsten Mittel, die eigene Ansicht auszudrücken und die anderer zu beeinflussen, ist die Radiosendung. Dies wurde von den Sieger- und Besatzungsmächten nicht nur im Kriege erkannt, sondern es wurde auch nach dem Kampfe der Waffen tatkräftig darnach gehandelt. So entstanden an Stelle des «Großdeutschen Rundfunks» überall die «Sender der Militärregierung», deren Überparteilichkeit und politische Zuverlässigkeit schon dadurch hinreichend gekennzeichnet ist. Umso erfreulicher ist es daher, wenn etwa «Radio München, ein Sender der Militärregierung, angeschlossen Radio Nürnberg» der wahren bayerischen Volksstimmung so klar Ausdruck verleiht, wie dies gerade hier nicht selten in Form von Jodlern, Schuhplattlern und Schnadahüpfeln geschieht. Leider läßt die unvermeidliche starke Dialektfärbung befürchten, daß gerade das Ausland diese Informationsquelle ersten Ranges nur zum Teil für seine Kenntnis der deutschen Probleme auszuwerten in der Lage ist.

Nach dieser erschöpfenden Darstellung der für die Äußerung der Volksmeinung so wichtigen Gebiete Presse, Literatur und Funk

bleibt nur noch übrig, ein Wort über den deutschen Film zu sagen. Hier können wir uns infolge der erfreulich übersichtlichen Verhältnisse wirklich auf *ein* Wort beschränken: Vorsicht! Vorsicht nämlich für diejenigen, die in Deutschland einen Film sehen, diesen für einen Ausdruck der deutschen Geisteshaltung oder Mode von 1947 zu halten. Es handelt sich nämlich bestimmt um eine Schilderung der kulturellen Blüte in Sowjetrußland von 1956 oder um die Ansichten und Moden von Hollywood im Jahre 1936. So sehr diese auch den heutigen deutschen vorzuziehen wären, die Ehrlichkeit gebietet, darauf hinzuweisen, daß es nicht unsere Verhältnisse sind. Schon deshalb, damit zu den vielen falschen Eindrücken über Deutschland nicht noch ein neuer entsteht.

Jedenfalls, man mag die zu einer ironischen Betrachtungsweise herausfordernde Situation auf diesem Gebiet ansehen, wie man will, die darüber im Volksmund kursierenden Witze mögen so gut oder so schlecht sein wie sie wollen, die ernsthafte Tatsache bleibt bestehen, daß das deutsche Volk noch immer das Gefühl besitzt, keine Stimme zu haben. Das hat allerlei fatale Folgen. Zunächst wird den öffentlichen Verlautbarungen aller Art das ganze Mißtrauen eines durch die Schule der Goebbels-Propaganda gegangenen Volkes entgegengebracht und so manches Wertvolle in Bausch und Bogen abgelehnt. Darüber hinaus aber fehlt der Treffpunkt zu einer wirklichen Diskussion der vielen brennenden Probleme und Sorgen, und infolgedessen ein organischer Ansatzpunkt einer nicht nur in Form von Gerüchten sich bildenden freien und wahren Volksmeinung. Und nicht zuletzt wird die Aufhebung jener geistigen Isolierung Deutschlands verzögert, die in den vergangenen Jahren so viel Schaden angerichtet hat, wird ein wirkliches Verstehen der Völker erschwert, besonders da der Weg von außen nach Deutschland herein ebenso blockiert ist.

Aber nicht nur technisch, auch moralisch besitzt das deutsche Volk heute keine Stimme. Es ist überflüssig, die Gründe dafür hier zu wiederholen. So verständlich diese Ablehnung vom Standpunkt der anderen Völker auch menschlich sein mag, ihre politische Richtigkeit ist dadurch noch keineswegs bewiesen. Im Gegenteil, es ist leicht einzusehen, daß durch Ablehnung und Schweigen der Weg aus der schwierigsten Situation in Europas Geschichte nicht erleichtert wird, daß ohne Gespräch jede Aussicht auf Verständigung schwindet. Verstehen aber, Verständigung im umfassendsten Sinne, ist im heutigen Kampfe der Weltanschauungen die einzige und letzte Hoffnung gerade der Völker, denen eine unerbittliche Geschichte ihre untrennbare Verbundenheit in unseren Tagen so schmerzvoll negativ beweist, nachdem sie sich in besseren Tagen zu einer positiven Anerkennung dieser naturgegebenen Tatsache nicht zu entschließen vermocht hatten.

Jeder, der heute die Forderung der Erziehung zur Demokratie für die Deutschen erhebt, kann der Zustimmung aller Regierungen, aller Völker der Welt sicher sein. In der Tat haben auch alle Staaten, die mit Deutschland zu tun haben, vor allem die Besatzungsmächte, mit der Durchführung dieser oft beschlossenen Erziehung unverzüglich begonnen. Allerdings zeigte sich dabei bald, daß die Methoden dieser demokratischen Erziehung ebenso verschieden waren wie die ihnen zu Grunde liegenden politischen Auffassungen. Ja — im Endergebnis wurde klar, daß es sich diesseits und jenseits des quer durch Deutschland gehenden «Eisernen Vorhangs» um nicht mehr und nicht weniger handelte als um die beiden Hauptfronten der weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Zeit; daß nur einander angenäherte «demokratische» Terminologien für in Wirklichkeit nicht annäherbare Begriffe grundsätzlich verschiedener Auffassungen gebraucht wurden. Damit aber war Deutschland, wie ganz Europa, in zwei Teile getrennt, von denen der eine wiederum in drei verschiedenen Nüancen gebietsweise beherrscht wird. Es ändert daran nichts, daß man hernach auf internationalen Konferenzen die Feststellung, daß Europa und die Welt nicht in zwei Hälften zerfallen «dürfen», gerne und mit nicht weniger allgemeiner Zustimmung erhob, wie die Forderung der demokratischen Erziehung Deutschlands.

Diese durchaus nicht einheitlichen Kräfte wirken seit Jahr und Tag auf Deutschland ein, jede mit dem Anspruch, die allein richtige Art der Demokratie zu sein. Wie aber entwickelte sich unter ihnen die Geisteshaltung des deutschen Menschen? Welche Züge gewann die Mentalität dieses Volkes nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus? Sie sind nur zu erkennen und in ihrer wahren Bedeutung für Gegenwart und Zukunft richtig zu beurteilen durch Vergegenwärtigung und Prüfung jener Faktoren, die wirtschaftlich, kulturell, politisch und allgemein menschlich auf das deutsche Volk einwirkten und weiterhin einwirken. Die gewissenhafte Prüfung dieser Faktoren aber kann auch allein zeigen, wo der Hebel anzusetzen ist, um jene Entwicklungen zu verhindern, die als negativ, ja vielleicht gefahrdrohend für die Zukunft korrigiert werden müssen. Bei den Ursachen nämlich und nicht bei den Auswirkungen. Eine Notwendigkeit, für die in den tausend Einzelheiten der Besatzungspolitik ebensoviel Gelegenheit im einzelnen besteht wie im kommenden Friedensvertrag für Deutschland im gesamten.

Es ist eine allgemein-menschliche Eigenart, daß die den Einzelnen quälenden, relativ kleinen Sorgen und Nöte auf seine Stimmung, seine Meinungsbildung oft von größerem Einfluß sind als vielleicht grundlegend wichtige Vorgänge, deren Auswirkungen ihm zunächst nicht so fühlbar werden. Und solche persönliche Sorgen und Nöte haben für den Deutschen in ständig zunehmendem Maße ein Gewicht er-

reicht, das ohne Zweifel die Grenze des Erträglichen darstellt. Gerade in diesen Wintermonaten war ein übermüdetes, unterernährtes Volk gezwungen, in überfüllten Behausungen mit völlig unzureichender Beheizung, sehr oft aber überhaupt ohne eine solche, die über Europa gehenden Kältewellen auszuhalten. Dazu kam noch an durchschnittlich drei Wochentagen der Ausfall des elektrischen Stromes, das heißt die Unmöglichkeit einer Beleuchtung und für viele des Kochens ihrer Mahlzeit. Nimmt man dazu noch den Mangel an Kleidung, besonders katastrophal beim Schuhwerk — das bedeutet nasse Füße und die Unmöglichkeit, die Schuhe zu wechseln —, ergibt sich ein Bild, das sicher auf jeden bedrückend wirkt.

Was hinter diesen Hinweisen in Wirklichkeit steckt, welche Auswirkungen auf Gesundheit, Moral und Geisteshaltung zwangsläufig damit verbunden sind, kann nur ermessen, wer aus eigener Erfahrung weiß, was eine «Ernährung» mit 1200—1500 Kalorien auf die Dauer heißt. Das heißt, wie der britische Minister für Deutschland, *John Hynd,* kürzlich bekannt gab, «keine akute Hungersnot, aber das langsame Verhungern in vielen Fällen». («Verhungert» war deshalb auch die offizielle Begründung für eine Reihe von Todesfällen, die der Magistrat von Gelsenkirchen bekannt gab.) Dazu kommt die statistisch erwiesene Tatsache, daß in einer Stadt eine Wohndichte von 2,8 Personen pro Raum besteht, das heißt daß praktisch 3—5 Personen in einem Wohnraum leben, wobei ein feuchter Keller ebenso unter dieser Bezeichnung rangiert wie eine unheizbare Kammer in einer regendurchlässigen Hausruine.

Trotz dieser ungeheuren physischen und psychischen Belastung, dieses unsagbar harten und die letzte Kraft erfordernden Kampfes ums bloße Dasein wäre es falsch, anzunehmen, der Durchschnittsdeutsche habe die Bereitschaft oder die Fähigkeit zu einer Beurteilung der allgemeinen Probleme verloren. Im Gegenteil, wohl noch nie war das Denken in volkswirtschaftlichen und politischen Überlegungen so verbreitet wie heute, aus der persönlichen Not jedes Einzelnen heraus. «Es gibt keine Gebrauchsartikel, weil die Fabriken stilliegen. Die Fabriken liegen still, weil kein elektrischer Strom vorhanden ist. Die elektrische Kraft fehlt, weil keine Kohlen gefördert werden. Die Förderung scheitert am Hunger der Bergarbeiter. Die Bergleute kriegen nicht genügend Nahrung, weil Deutschlands Agrargebiete im Osten abgetrennt wurden». In solchen Betrachtungen und Gedankenketten verlaufen heute nicht nur die Unterredungen der Fachleute oder der «zuständigen Stellen», sondern man kann sie in tausendfacher Abwandlung in jedem Eisenbahnabteil, in jeder wartenden «Schlange» vor einem Laden hören, denn jeder nur denkbare Gegenstand bildet den Ausgangspunkt dazu, weil er fehlt.

Auch die schwierigste Lage, auch die härteste Not sind dann

unendlich viel leichter zu ertragen, wenn die Hoffnung besteht, daß sie eines Tages ein Ende nehmen. Wie aber sieht der Ausblick in die wirtschaftliche Zukunft für den Deutschen aus? Er liest und hört von weitgehenden Einschränkungen des noch vorhandenen Industrievolumens für die Zukunft, er erfährt von unabsehbaren Reparationsforderungen, und er muß befürchten, daß die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße endgültig verloren gehen. Damit wären weit über 70 Millionen Menschen für immer auf einen Raum von 350 000 Quadratkilometern zusammengedrängt, der bei günstigsten Produktionsumständen die Nahrung für 40 Millionen Menschen hervorbringen kann. Wovon sollen die anderen 30 Millionen ernährt werden? Durch Einfuhr, gewiß. Aber womit wird diese bezahlt? Durch Ausfuhr von Industrieerzeugnissen — und hier geht die Rechnung einfach nicht mehr auf. Denn die Industrie soll ja ebenfalls auf rund die Hälfte verkleinert werden, noch dazu gerade die früher wichtigsten Zweige, Stahl, Maschinen, Fahrzeuge, Werften, auf Bruchteile des früheren Umfangs.

Wer kann sich aber vorstellen, daß ein Volk von 70 Millionen für 30 Millionen die Lebensmittel — nach den billigen Friedenspreisen von 1936 im Betrage von etwa 4 Milliarden Mark — außerdem alle nötigen Rohstoffe für seine Industrie und obendrein noch jene Industrieprodukte, deren Herstellung ihm verboten ist, einführen und bezahlen kann, ohne eine Industrie, die erheblich *größer* wäre als die des alten Deutschland? Dies würde eine Ausfuhr bedingen, die für jeden anderen Industriestaat eine geradezu furchtbare Konkurrenz sein müßte, ginge es doch für ein solches Deutschland, ohne seine Agrargebiete im Osten, dabei buchstäblich um Leben oder Sterben.

Wirklich, diese deutschen Ausblicke in die Zukunft verlieren sich im Dunkel, und es wirkt wie Hohn, wenn der frühere französische Ministerpräsident *Léon Blum* in England auf einer noch stärkeren Niedrighaltung der deutschen Industrie bestand, während gleichzeitig Frankreich Polen wissen ließ, daß es dessen Ansprüche auf eine Annexion von Pommern, Schlesien, Ostpreußen und der anderen deutschen Gebiete unterstütze. Es ist natürlich, daß solche Überlegungen eine schwerere Belastung für die deutsche Stimmung darstellen als jene täglichen Nachrichten über die Demontage von Fabriken, die, wie die Zeitungen berichten, in der Ostzone 85 % des Bestandes erreicht hat und sogar das zweite Geleisepaar aller mehrgleisigen Eisenbahnstrecken einschließt.

Wenn materielle Verarmung gleichbedeutend wäre mit Proletarisierung, dann könnte das deutsche Volk von heute und morgen nur ein proletarisches sein. Es ist eine im allgemeinen Zusammenbruch viel zu wenig beachtete Tatsache, daß gerade jene soziale Schicht, die in früheren Jahrzehnten Trägerin der «bürgerlichen»

Kultur gewesen ist, bei allen Katastrophen seit dem ersten Weltkrieg immer am schwersten getroffen worden ist. Diese Menschen, zu denen das Gros aller Akademiker zählt, verloren in der Inflation ihre Ersparnisse, sie zählten in der Zeit Adolf Hitlers, «des Mannes aus der Tiefe des Volkes», zum unbeliebten Teil der Bevölkerung, vor allem soweit sie geistige Berufe bekleideten, und jetzt hat dieser Kreis durch weitgehenden Verlust seines Eigentums neuerdings den vernichtendsten Stoß erhalten. Welche Werte an Bildung, Tradition alter Kultur und Solidität damit verloren gehen, kann nur andeutungsweise begriffen werden. In Deutschland selbst zeigt sich die Wirkung in einem veränderten Lebensstil und Verkehrston.

Das Bürgertum im weitesten Sinn des Wortes hat heute das Unglück, in der russischen Zone aus Prinzip unerwünscht zu sein und unter der Sammelbezeichnung «faschistisch» bekämpft zu werden, während man ihm in den westlichen Zonen seine nationale Einstellung übel nimmt und es als «reaktionär» ablehnt. Welche Gründe auch im einzelnen maßgebend sind, auf jeden Fall droht Deutschland gerade hier der Verlust einer Volksschicht, die in besonderem Maße Trägerin von Geist und Bildung gewesen ist und in jahrhundertelanger Tradition ein Gegengewicht gegen eine proletarische Aktivität war, die, wie das vergangene System bewiesen hat, nur zu leicht in Brutalität ausartet. Die Abgeordneten der demokratischen «Frankfurter Nationalversammlung» von 1848 in der Paulskirche, die geistige Elite der deutschen Nation, und ehrenwerte Angehörige des Bürgertums, das damals der Träger des demokratischen Gedankens war, würden einige wehmütige Betrachtungen über die Wandlungen eines Begriffs wohl nicht unterlassen, wenn sie im nächsten Jahr zu ihrem hundertjährigen Jubiläum einen Blick in unsere Zeit werfen könnten.

Eine der aufschlußreichsten Erscheinungen unserer Zeit sind die Ansprüche fast aller Nachbarn Deutschlands auf deutsche Gebiete. Aufschlußreich vor allem deshalb, weil sie die grenzenlose Begriffsverwirrung, die innere Zerrissenheit der europäischen Geisteshaltung und noch manche andere negative Eigenschaft enthüllen. Welche Abstände klaffen in der geistigen Entwicklung dieses «edlen Kontinents», wenn wir zur selben Zeit erleben, daß einsichtige Männer die «Vereinigten Staaten von Europa» für die einzige noch mögliche Rettung erklären, wenn England — letzten Endes um grundsätzlicher Erkenntnisse willen — dem unersetzlichen Verlust Indiens entgegensieht, und anderseits Staaten desselben Europa mit allen Mitteln ein mehr oder weniger großes Stück deutschen Landes «erwerben» wollen!

Seit Jahrzehnten wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert, in der Atlantik-Charta und bei ungezählten anderen Gelegenheiten wurde der Länderraub «geächtet», abgelehnt, als kulturwidrig, undemokratisch und unmenschlich erklärt. Und was geschieht

in Wirklichkeit? 13 Millionen Menschen wurden bereits von dem Boden vertrieben, den ihre Vorfahren seit Jahrhunderten bewohnten und kultivierten, weil diese Gebiete Polen und Tschechen wollten. Frankreich vergrößerte im Sommer 1946 das Saargebiet auf das Doppelte und trennte es jetzt durch eine Zollgrenze von Deutschland ab. Belgien, Holland, Luxemburg, sie alle haben Forderungen auf deutsche Gebiete angemeldet.

Was aber soll der Deutsche bei den Begründungen denken, die dafür gegeben werden! Polen hat im Osten Land an Rußland abtreten müssen, es fordert als Ersatz deutsches Land im Westen. Welche Begriffsverwirrung! Entweder: in dem abgetretenen Landstrich wohnen wirklich Russen (wie es fast ausschließlich der Fall ist!), nun, so ist die Abtretung zu Recht erfolgt und ein Anspruch auf Ersatz nicht begründet. Oder: es wohnen dort Polen, dann hätte die Abtretung nicht erfolgen, ja von den «Vereinten Nationen» nicht einmal zugelassen werden dürfen. Nichts aber kann die Vertreibung von Millionen Deutschen und die Annexion rein deutscher Gebiete rechtfertigen, am wenigsten der Hinweis auf Hitlers Krieg. Denn wenn man sagt, Polen brauche eben die Industrie Schlesiens, Frankreich brauche die Kohlen der Saar, so wie Rußland den eisfreien Hafen Königsberg braucht, macht man sich nämlich gerade jene Auffassung zu eigen, mit der einst Hitler den Widerstand der ganzen Welt herausgefordert hat! Und trägt dazu bei, daß die Tatsache in Vergessenheit gerät, daß Menschen und Völker normalerweise das kaufen, was sie benötigen und selbst nicht besitzen, während das andere Verfahren bei Kulturvölkern als strafbar gilt.

Wie überzeugend und hoffnungsvoll zugleich klingt es aber erst, wenn die Wegnahme von Land mit «strategischen Notwendigkeiten» begründet wird! Wenn z. B. die Tschechen über die großen, früher von 3 Millionen Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens hinaus jetzt auch noch vom alten Reichsgebiet die Nordabhänge der Sudeten aus strategischen Gründen fordern. Oder wenn die sowjetische Militärzeitschrift «Roter Stern» die Oder-Neiße-Grenze für Polen als «strategisch bessere Grenze» verlangt, da sie nur 400 Kilometer lang sei, gegen 1900 Kilometer der alten Reichsgrenze. Und das alles im Zeitalter der Flugzeuggeschwader und der Atombombe! Gewiß, so sehr der Deutsche den Haß und die Abneigung vieler Völker als Ergebnis der unseligen Politik Hitlers menschlich versteht, so sehr er ein auch angesichts des geschwächten und zusammengebrochenen Deutschland noch vorhandenes Sicherheitsbedürfnis mancher Völker psychologisch begreift — derartige «strategische» Überlegungen erscheinen ihm doch zu veraltet und überholt, um als die wahren Beweggründe für das geplante Unrecht gelten zu können! Muß aber nicht gerade *der* Deutsche, der aus Erkenntnis und Überzeugung die politischen Grund-

sätze Hitlers verurteilte, durch derartige politische Anachronismen in seinem Glauben an menschliche Anständigkeit und politische Vernunft irre werden?

Nur wenn man sich so die Verhältnisse des täglichen Lebens im deutschen Volke vergegenwärtigt hat, wenn man die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die auf seine notleidenden Menschen einwirken, geprüft hat, kann man die geistige Haltung dieses Volkes von heute in ihrer wahren Bedeutung erkennen und damit ein Moment der zukünftigen Gestaltung richtig beurteilen. Denn es wäre sicher nicht erstaunlich, wenn sich der Deutsche aus seiner jetzigen Situation heraus, nach all dem, was ihm ideell und materiell zusammengebrochen ist, in dumpfer Verzweiflung dem politischen Radikalismus verschrieben hätte. Es wäre mehr als begreiflich, wenn jeder Glaube an Recht, Menschlichkeit und Kultur erstorben wäre.

Was aber sehen wir? *Ein Volk, das auf dem einzigen Wege, der ihm zu seiner Meinungsäußerung zur Verfügung steht, dem der Wahlen, in seiner überwältigenden Mehrheit christlichsozial oder sozialdemokratisch stimmte und so ein Bekenntnis zu Humanität, friedlicher Arbeit und Verständigung unter den Völkern abgelegt hat!* Ja — entgegen den Befürchtungen vieler und den Hoffnungen mancher ist nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus der Umschwung in das andere Extrem des politischen Radikalismus nicht erfolgt; im Gegenteil, Deutschland ist heute eines der Länder Europas, in denen die extremen Richtungen die geringste Rolle spielen, da die äußerste Rechte völlig verschwunden ist und die äußerste Linke nur als Splitterpartei existiert. Der neue bayerische Landtag, ohne kommunistischen Abgeordneten, da diese Partei in keinem Wahlkreis die von der neuen Verfassung vorgeschriebenen 10 % der Stimmen aufbrachte, ist dafür ein besonders markantes Beispiel.

Damit aber hat das deutsche Volk bewiesen, daß es selbst in seiner verzweifelten Lage für Europa kein Herd der revolutionären Beunruhigung ist, ja sogar in seiner höchsten Not einen Faktor der sozialen und politischen Stabilität darstellen kann. Wieviel mehr erst unter normalen Lebensverhältnissen! Es hat damit, ebenso wie die Sprecher seiner politischen Parteien, seinen Willen zu einem friedlichen, zusammengehörigen Europa in einer friedlichen, zusammengehörigen Welt deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist kein Zweifel, daß in Deutschland heute die vielleicht stärkste Bereitschaft zu dieser Gemeinschaft besteht. Und es ist kein Einwand dagegen, wenn man behauptet, das sei «nur» eine Folge seiner Niederlage und seiner Not. Denn gerade im Gegenteil, es müßte als Gnade Gottes erkannt werden, daß dieser Wille zur europäischen Gemeinschaft als positives Ergebnis der grauenvollen Ereignisse der Vergangenheit und des deutschen

Leides und der deutschen Opfer der Gegenwart einen Trost in ein trostloses Geschehen bringt.

Nicht als Nationalist eines Staates, sondern als ein dem Ganzen der europäischen Kultur- und Völkergemeinschaft verbundener Mensch lehnt heute gerade der in die Zukunft blickende Deutsche alles ab, was zunächst nur seinem Volke das Leben unmöglich zu machen droht, in Wirklichkeit aber die Entstehung und die Harmonie des größeren Ganzen verhindert. In diesem größeren Interesse aber ist es notwendig, daß er nicht mehr lange das Gefühl behält, allein zu stehen. Denn die Hoffnung wäre vermessen, daß das Schicksal, wenn die jetzige europäische Chance wieder unausgenützt bliebe, noch einmal eine solche gewähren würde.

Es ist daher von großer Wichtigkeit, sich darüber klar zu werden, daß die jetzige geistige Situation Deutschlands einer gewissermaßen gegen den Strom und entgegen dem natürlichen Wirken der entscheidendsten Faktoren vollbrachten Willensleistung des deutschen Volkes entspringt. *Und daß sie deshalb nur dann von Bestand sein kann, wenn jene Hoffnung, die dahinter steht, nicht zu oft und zu lange enttäuscht wird.* Diese Hoffnung aber heißt *Gerechtigkeit.*

Der erwachsene Deutsche von heute ist in einem moralischen Schuldbewußtsein — und wäre es auch nur wegen des Selbstvorwurfs, zu vertrauensselig gewesen zu sein — geneigt, manches offensichtliche Unrecht mit einem resignierten Achselzucken hinzunehmen. Trotzdem wäre es falsch, zu übersehen, wie jede solche Ungerechtigkeit oder Brutalität gegen ihn, den jetzt Wehrlosen, jenes Vertrauen und jene Hoffnung abnehmen läßt, die als guter Wille schlechthin ein genau so großer Teil des europäischen Fundaments sind, wie der Zahl der Deutschen entspricht.

Wenn die britische Militärregierung die polnische Regierung bittet, den Abtransport Deutscher aus Schlesien während der kältesten Tage einzustellen, weil in den ungeheizten Güterwagen 66 Personen erfroren in der englischen Zone ankamen, und das Gesuch von Polen abgelehnt wird, so kann die Wirkung einer solchen Pressemeldung nur in einer Richtung liegen. Wenn das «Internationale Komitee vom Roten Kreuz» immer wieder bei der französischen Regierung gegen das Verhungern deutscher Kriegsgefangener protestiert, wenn die Sowjetunion über die 3 Millionen deutscher Kriegsgefangener hinaus aus ihrer Besatzungszone auch noch deutsche Facharbeiter zwangsweise deportiert, so sind das Vorgänge unter ungezählten ähnlichen, die auch beim ehrlichsten deutschen Demokraten und Friedensfreund Überlegungen hervorrufen müssen, ob nicht eben doch «Macht vor Recht» gehe. Und es wäre mehr als verständlich, wenn die weitere Überlegung, daß es sich bei den deportierten Facharbeitern und Wissenschaftlern um solche aus der Rüstungsindustrie handelt,

vor allem um Spezialisten für Fernraketen, mehr zerstören würde, als die Hoffnung auf Frieden. Wobei dieser Deutsche keinen Augenblick vergessen könnte, daß just zur selben Zeit der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Hitlers, Sauckel, wegen Deportation von Arbeitskräften in Nürnberg gehängt worden ist.

Vor allem aber muß man bei einer Wertung der deutschen Geisteshaltung von heute daran denken, daß die jetzt Achtjährigen in zehn Jahren 18 Jahre alt sein werden. Für sie aber sieht dann schon deshalb alles anders aus, weil ein Gefühl von Schuld für diese Generation nicht mehr vorhanden sein wird. Ihre Gesinnung aber und die der nachfolgenden Generationen wird mit unerbittlicher Logik das Ergebnis der politischen Taten und des menschlichen Verhaltens von heute sein. Daß diese deutsche Jugend und die Jugend aller anderen Völker richtig gelegte Fundamente vorfinde, auf denen sie ein wohnliches und sicheres Haus für alle vollenden kann, ist der erklärte Wille des deutschen Volkes von heute. Möge dieser Wille erkannt und gewürdigt werden!

Eines nur ist dazu notwendig: *Die Erkenntnis, daß jene politischen Fehler, deren scheinbare Unsterblichkeit wir heute mit Entsetzen beobachten, gleichbedeutend sind mit unsterblichem Leid.* Nicht nur für Deutschland.

„Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit"

Von ***

Das Volksbegehren betreffend Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit ist — im September 1943 — von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingereicht worden. *Urheberschaft und Datum* sind gleicherweise beachtlich und aufschlußreich für das Wesen des Unternehmens. Die schweizerische Sozialdemokratie hatte vorher die Kriseninitiative (1934) und das nationale Arbeitsbeschaffungsprogramm (1937) lanciert und war beidemal unterlegen. Sie tritt jetzt wieder, im Jahre 1947, mit einem parteipolitischen Werk vors Volk. Waren jene beiden Vorgänger, die zum Teil aus der Atmosphäre der Richtlinienbewegung heraus geboren worden waren, allgemein gehalten und gemäßigt doktrinär, so ist die neue Initiative *Sozialismus pur sang,* wie in der Vergangenheit der schweizerischen Linksbewegung vielleicht nur die Initiative aus dem Jahre 1893 zur Sicherung des Rechts auf Arbeit, bekanntlich auch damals ein Fehlschlag. Das Datum des heutigen Beginnens ist deshalb zu notieren, weil ungefähr zur gleichen Zeit, ein wenig früher, die Unabhängigen eine ähnliche Aktion versucht hatten. Taktische Überlegungen (National-